

Morten Brask

Sein neuer Roman handelt von einem Wunderkind

KULTUR 36

ANGEMESSEN
N°10
ANGEZOGEN

Hiltl Hosen vom Besten.
Arlesheim,
Ermitagestrasse 10
klausriese@no-10.ch T 061 311 55 55

Frankreich

Auf Champs-Élysées wurden gestern Abend zwei Polizisten getötet

THEMA 2/3

Basler Velolobby rüffelt die «rüpelhaften» Radfahrer

Selbstkritik «Pro Velo» fordert von eigener Klientel mehr Respekt im Strassenverkehr

VON LEIF SIMONSEN

Velofahrer leiden unter einem schlechten Ruf. Viele halten sich nicht an die Regeln und gefährden andere Verkehrsteilnehmer sowie sich selbst. Jährlich verunfallen schweizweit 17 000 Arbeitnehmer auf dem Velo. Die Basler Polizei hat deshalb zusammen mit anderen Po-

lizeikörpers und der Unfallversicherung Suva gestern eine Kampagne lanciert. In einem Clip wird ein junger Mann auf einem Fixie gezeigt, der einen Unfall verursacht.

«Zu drastisch», befand die Velolobby «Pro Velo Schweiz». Der Clip zementiere das «Klischee des Velofahrers», der sich nicht an die Verkehrsregeln halte.

Selbstkritischer ist die Basler Sektion. Sie wird am Montag an der Mitgliederversammlung ein Positionspapier zum Thema präsentieren. Nachdem erst jüngst wieder vermehrt Kritik am «rüpelhaften» Verhalten insbesondere der Velofahrer geäussert worden sei, müsse man reagieren, heisst es im Papier. «Pro Velo» Basel sieht die Velofahrer, genau

so wie alle anderen, in der Pflicht, die Regeln zu beachten. «Diese sind auch zu befolgen, wenn sie nicht sinnvoll erscheinen», schreibt «Pro Velo».

Verbesserungspotenzial sieht «Pro Velo» bei den Verkehrsregeln allemal. Der Verein fordert deshalb, dass der Verkehrsfluss für die Velofahrer verbessert wird. KOMMENTAR RECHTS, SEITE 19

KOMMENTAR

Jammern wie die Autofahrer

Die Velolobby sendet massiv widersprüchliche Signale aus. Zum einen will «Pro Velo» in Basel die radelnden Rowdys zur Besserung erziehen - zum anderen verschickt die nationale Organisation ein ellenlanges Communiqué, in dem sie rumheult, ein Präventionsvideo der Suva und der Kantonspolizeien zementiere Klischees gegenüber Velofahrern.



von Nicolas Drechsler

Ausserdem solle man lieber Verkehrsregeln vereinfachen, Signale reduzieren, und zudem sei sowieso die Polizei schuld, weil die nicht da kontrolliere, wo es gefährlich sei, sondern dort, wo es für sie am einfachsten sei. Kurzum: «Pro Velo» argumentiert genau gleich wie die Automobilverbände. Auch bei denen heisst es beständig, man sei gegen Raser, aber die Polizei sei ein Abzockerverein und zu kleinlich und die Signaldichte sei ein Elend. Die Flucht in die Opferrolle scheint Kernthema in der Öffentlichkeitsarbeit von Verkehrsverbänden zu sein.

Ist das Präventionsfilmchen voller Klischees? Ja, ist es. Gutausssehender Dynamikpapi knuddelt süsse Tochter und hübsche Gattin, eilt aus der Luxusimmobilie und schwingt sich aufs Fixie-Bike. Danach radelt er wie ein Irre durch Lausanne, missachtet Verkehrsregeln am Laufmeter und plaudert dabei in die Kamera, was für ein ökologischer Superheld er doch sei. Nach einem schwungvollen Ausweichmanöver gerät Hipsterdaddy auf die Gegenfahrbahn, küsst eine Kühlerhaube und segnet das Zeitliche. Das ist in der Tat eine Parodie auf einen Velofahrer modernen, urbanen Zuschnitts.

Recht haben die Behörden in diesem Fall aber trotzdem. Wer durch den Stadtverkehr strampelt, sollte seine Augen auf die Strasse richten und aufmerksam sein. Und sich an die Regeln halten. Genau so wie ein Autofahrer auch. Letzterer hat aber im Falle eines Unfalls noch einen Blechpanzer und ein paar Airbags zwischen sich und der permanenten Ausfahrt von der Strasse des Lebens. Also: Weniger jammern, denn das lenkt auch vom Verkehr ab.

@ nicolas.drechsler@bzbasel.ch

Freiwilligenarbeit

Die Alten Glaibasler sind führungslos

Die Fasnachtsclique der Alten Glaibasler hat seit einem Jahr keinen Obmann mehr. Stefan Bruderer hatte das Amt während mehr als zwei Jahrzehnten inne. Nach seinem Rücktritt stand niemand bereit, der sein Erbe hätte antreten wollen.

Im Interview mit der bz spricht er über mögliche Ursachen für den Unwillen, Verantwortung im Verein zu übernehmen. Er macht zum einen die gestiegene Arbeitsbelastung, zum anderen aber auch Veränderungen in der Gesellschaft als Ursachen aus: «Die Leute wollen kein Ganzjahresprogramm mehr, sie wollen möglichst unverbindlich an der Fasnacht eintreten und unterhalten werden», sagt Bruderer. Speziell in Basel habe das Vereinsleben aber eigentlich einen hohen Stellenwert: «Ein Tattoo mit seinen unzähligen freiwilligen Helfern ist nur hier möglich. Das macht diese Stadt auch aus.» Er hofft nun auf einen Gegen-trend - und einen Freiwilligen. SEITE 21

Altersheime

Überlastetes Pflegepersonal

Nach den Vorwürfen gegen die Pflegeheimbetreiberin Senevita AG wird Kritik an der Pflegebranche als Ganzes laut. Immer mehr Betroffene melden Missstände bei der bz-Redaktion. Auch die Gewerkschaft Unia setzt sich für bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege ein und fordert eine Pflegefinanzierung, die sich nicht nach Profit richtet, sondern die Menschen in den Vordergrund stellt.

Die Baselbieter Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion (VGD) kann indes keinen Qualitätsunterschied zwischen privaten und öffentlich finanzierten Altersheimen feststellen. Das neue Altersbetreuungs- und Pflegegesetz, das der Regierungsrat verabschiedet hat, wird einige Neuerungen für Kanton und Gemeinden bringen. SEITE 25



Dauerbaustelle Roche verbaut an seinem Firmensitz entlang der Grenzacherstrasse im Kleinbasel drei Milliarden Franken. Ein grosser Brocken wird der Bau 2, das dereinst höchste bewohnbare Gebäude der Schweiz: Derzeit wird das Fundament des 205-Meter-Turms vorbereitet. SEITE 20

FOTO: ROLAND SCHMID

Kritik an Nothilfe für Stromriesen

Wasserkraft Gewerbe und Konsumentenschützer wehren sich gegen eine Sonderabgabe.

Die Wasserkraft braucht Unterstützung: So lautet der Tenor von links bis rechts. Die Stromkonzerne wissen, wie sie aussehen soll: Sie fordern eine «Grundversorgungsprämie», um die Defizite ihrer Wasserkraftwerke zu decken. Bezahlen sollen die Sonderabgabe die privaten Haushalte und KMU, wie aus einem Pa-

pier hervorgeht, das der «Tages-Anzeiger» publik gemacht hat. Kostenpunkt für den Durchschnittshaushalt: 60 Franken pro Jahr. Die Soforthilfe soll rasch greifen - und die Chancen im Parlament sind intakt. Support für ihr Nothilfekonzept bekommen die Energieriesen von den Kantonen: «Die Wasserkraft braucht zeitnah Stützungsmaßnahmen», sagt Mario Cavigelli, Präsident der Energiedirektorenkonferenz. Die Kantone sind allerdings offen dafür, dass auch die Grossverbraucher die Ab-

gabe leisten müssen. Negativ auf die Forderungen reagieren der Gewerbeverband und die Stiftung für Konsumentenschutz. «Für die Fehlstrategien der Stromkonzerne werden die Kleinen zur Kasse gebeten, das kann nicht sein», sagt Raffael Wüthrich. Aber auch aus der Branche selbst kommt Kritik: «Mit der Versorgungsprämie gewinnt weder die Wasserkraft, noch wird die Versorgungssicherheit gestärkt», sagt Urs Gasse, Präsident der Berner BKW.

SEITE 7/33

INSERAT



Die Kleinen bezahlen die Zeche

Nothilfen BKW-Präsident Gasche kritisiert die Forderung der Stromriesen Axpo & Co.

VON DORIS KLECK

Die Wasserkraft braucht Hilfe. Nicht zuletzt, weil sie Teil der Schweizer Identität ist, ist der politische Konsens breit, dass das «blaue Gold» auch eine besondere Unterstützung bekommen soll. Denn die Wasserkraft ist derzeit ein Verlustgeschäft für die Stromkonzerne: Die tiefen Marktpreise decken die Produktionskosten nicht mehr. Über Fördermodelle wird schon länger diskutiert, nun prescht die Stromlobby vor. Der «Tages-Anzeiger» machte gestern ein Positionspapier mit brisanten Forderungen publik. Sechs Stromkonzerne fordern eine zusätzliche Abgabe von 1,6 bis 1,8 Rappen pro Kilowattstunde, um die Investitionen für den Erhalt der Wasserkraftwerke zu finanzieren.

Abgabe für Haushalte und KMU

Die Abgabe müssten nur die privaten Haushalte und die KMU bezahlen, die Grosskunden wären befreit. Der Grund dafür: Der Schweizer Strommarkt ist nur teilweise liberalisiert. Die Belastung durch diese «Grundversorgungsprämie» würde für einen Durchschnittshaushalt rund 60 Franken betragen, für ein KMU deutlich mehr. Das tönt nach wenig, doch in der Summe macht die Abgabe viel aus. 500 Millionen Franken würden zusätzlich in die Kassen der Stromkonzerne fliessen. Die Soforthilfe soll in einer zweiten Phase abgelöst werden durch ein Versorgungs- und Klimamarktmodell. Umgangssprachlich geht es um eine CO₂-Abgabe auf Dreckstrom. Dafür würde nebst der Wasserkraft auch die Atomenergie profitieren.

Hinter dem Papier, das nächste Woche in der zuständigen Nationalratskommission diskutiert wird, stehen Axpo, Alpiq, Repower, CKW, FMV und AET. Ein grosser Konzern schert aus: die Berner BKW. Verwaltungsratspräsident Urs Gasche kritisiert die Forderungen ungewohnt deutlich. «Mit der Grundversorgungsprämie gewinnt weder die Wasserkraft, noch wird die Versorgungssicherheit gestärkt», sagt der Berner BDP-Nationalrat. Das Geld ginge ohne Zweckbindung an die Unternehmen. «Es sollte nicht sein, dass die gebundenen Kunden – also Privathaushalte und KMU – die Elektrizitätsversorgungsunternehmen sanieren müssen.» Gasche wirft den Stromkonzernen Etikettenschwindel vor: «Wenn ein Unternehmen Hilfe braucht, soll es auch so benannt und nicht von Wasserkraftförderung geredet werden.»

«Eine Frechheit»

Ähnlich äussert sich auch die Stiftung für Konsumentenschutz. Raffael Wüthrich nennt die Grundversorgungsprämie eine «Frechheit», die Stromkonzerne hätten ihre finanziellen Probleme selbst verschuldet: «Das Problem von Alpiq und Axpo ist nicht nur die Wasserkraft. Sie verlieren



Sechs Stromkonzerne verlangen zusätzliche Abgaben für Investitionen in Wasserkraft.

GIAN EHRENZELLER/KEYSTONE

500

Millionen Franken fordern sechs Stromkonzerne als Soforthilfe für die Wasserkraft.

Hunderte Millionen wegen der defizitären Kernkraftwerke. Doch dafür können sie keine Hilfe erwarten. Deshalb verlangen sie Subventionen für die Wasserkraft, wo wir nicht wissen, wie diese Gelder dann im Konzern versickern.» Auch der Gewerbeverband wehrt sich dagegen, dass «die KMU mit einer neuen zusätzlichen Prämie Defizite der Energiekonzerne decken sollen.»

Kantone sind Verbündete

Die sechs Stromkonzerne haben allerdings einen starken Verbündeten: die Kantone. «Die Wasserkraft braucht zeitnah Stützmassnahmen», sagt Mario Cavigelli, Präsident der Energiedirektorenkonferenz. Die Wasserkraft sei der wichtigste Energieträger für die Versorgungssicherheit, und die Bedeutung nehme mit dem absehbaren Ende der Atomenergie zu, sagt der Bündner Regierungsrat. Nur in einem Punkt weichen die Kantone ab: «Wir sind offen dafür, dass auch die Grossunternehmen eine Prämie bezahlen. Denn sie profitieren ebenfalls von der Versorgungssicherheit», sagt Cavigelli.

Sagt das Volk Ja zur Energiestrategie, wird auch die Wasserkraft mit 120 Millionen jährlich subventioniert. Wüthrich von der Stiftung Konsumentenschutz plädiert

dafür, erstmals deren Wirkung abzuwarten, anstatt im Schnellverfahren Nothilfen durch das Parlament zu peitschen.

Doch die Chancen dafür stehen gut. Derzeit ist das Stromversorgungsgesetz in der parlamentarischen Beratung – hier wollen die Stromkonzerne ihre Forderung einbringen. Der Ständerat hat bereits einen wichtigen Entscheid zugunsten der Unternehmen und zulasten der kleinen Verbraucher gefällt. Trotz einem Urteil des Bundesgerichts sollen die Firmen ihre Preisvorteile nicht an die privaten Haushalte und KMU weitergeben müssen. Diese «gebundenen Kunden» dürfen ihre Anbieter nicht frei wählen. Ihnen verkaufen die Stromkonzerne den teuren, selbst produzierten Strom zu den Gestehungskosten, während die Grossverbraucher mit günstig eingekauftem Strom versorgt werden. Diese Praxis soll beibehalten werden. «Betrachtet man die Mehrheitsverhältnisse im Parlament, dürfte die Richtung absehbar sein: Die Stromkonzerne werden nicht stärker belastet, sie müssen also ihre Preisvorteile nicht weitergeben», sagt Nationalrat Stefan Müller-Altermatt. Die Frage sei, für was die Konsumenten bereit sind, mehr zu bezahlen: «Das ist wohl die Wasserkraft.»

FHNW

5,5 Prozent mehr Studierende an der Fachhochschule

Die Zahl der Studierenden an der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) ist 2016 um 5,5 Prozent auf 11 888 Personen gestiegen. Die Jahresrechnung der FHNW weist bei einem Aufwand von 464 Millionen Franken einen Überschuss von 6,5 Millionen Franken aus.

Zwei Drittel der Studierenden stammten aus den Trägerkantonen Aargau (27 Prozent), Basel-Landschaft (17 Prozent), Basel-Stadt und Solothurn (je 11 Prozent).

Aus der übrigen Schweiz kamen 25 Prozent der Studierenden und aus dem Ausland 9 Prozent. Die vier Trägerkantone bezahlten insgesamt 246,8 Millionen Franken an die FHNW und der Bund 98,6 Millionen Franken. Die Prüfungs- und Semestergebühren brachten weitere 48 Millionen Franken in die Kasse. Die Dienstleistungserträge betragen 22,6 Millionen Franken. (SDA)

Internet

Empfehlungen für mehr Sicherheit

Ob Fitnesstracker, selbstfahrende Autos oder Steuerungen für Gebäude: Beim Internet der Dinge wird Sicherheitsaspekten oft zu wenig Interesse geschenkt. Die Melde- und Analysestelle für Informationssicherung (Melani) des Bundes macht nun Empfehlungen.

Gemäss Schätzungen seien 2016 rund 6 Milliarden Geräte ans Internet angeschlossen gewesen, schreibt Melani im Halbjahresbericht. Doch: «Oft kümmern sich Hersteller und auch Benutzer zu wenig um Sicherheitsaspekte.» Angriffe könnten aber genutzt werden, um Geld zu erpressen oder um Verunsicherung in der Gesellschaft auszulösen. Gefährdungspotenzial sehen die Autoren des Berichts in der Manipulation solcher Systeme. Gerade in der Logistikbranche könnten durch Manipulation herbeigeführte Schäden enorm sein.

Laut im Bericht zitierten Fachleuten verzichten einige Betreiber «schlichtweg» auf den Schutz durch Passwörter oder Verschlüsselung. Ungeschützt über das Netz kommunizierende Sensoren stecken unter anderem in Autos, Erdbebensensoren, Geldautomaten, Klimageräten, Leuchten und Medizintechnikgeräten. Die Melani hat für ein sichereres Internet der Dinge Empfehlungen publiziert. (SDA)

Wer den Goldesel verhungern liess

Wasserkraft Die Stromlobby hat sich die Krise selbst eingebrockt, meinen Politiker bis hinauf zu CVP-Bundesrätin Doris Leuthard.

VON HENRY HABEGGER

Auf die Wasserkraft ist die Schweiz so stolz wie auf die Schokolade, den Käse und die Uhren. «Die Wasserkraft ist die wichtigste einheimische Energiequelle der Schweiz», rühmt der Schweizerische Wasserwirtschaftsverband (SWV), präsiert von Nationalrat Albert Rösti (SVP), auf seiner Website.

Aber jetzt, fast wie einst der Swissair, droht das Grounding. In einer Blitzaktion wollen daher Stromkonzerne, angeführt von Alpiq und Axpo, Haushalten und KMU eine «Grundversorgungsprämie» abknöpfen (siehe Text oben).

Wie kam es zum Niedergang der Wasserkraft? Geht es nach der Stromwirtschaft, ist der Zerfall der Strompreise schuld – ausgelöst unter ande-

rem durch die Energiewende in Deutschland.

Das sehen andere ganz anders. Im Herbst 2015 sagte Energieministerin Doris Leuthard (CVP) im Ständerat, gestützt auf Erhebungen bei Wasserwerken, dass diese zwar zuletzt an Effizienz zugelegt hätten und die Betriebskosten deckten. «Man hat aber festgestellt, dass die fixen Kosten – die Eigen- und Fremdkapitalkosten für die Schulden und die entsprechende Zinslast, die viele Werke haben – hoch sind.» Sie

«Das Geld kam lange buchstäblich aus der Steckdose raus, die Konzerne haben fette Gewinne gemacht.»

Hans Grunder Nationalrat BDP/BE

betonte: «Das hat aber nichts mit dem Markt zu tun, das hat auch nichts mit dem Preiszerfall zu tun.» Will heissen: Die Wasserwerke, die jahrelang Milliardenüberschüsse produzierten, sind hoch verschuldet. Leuthard sagte es di-

rekt: «Es ist einfach blöd, dass diese Wasserwerke nach wie vor so viele Schulden haben und entsprechende Zinsen bezahlen müssen. Damit haben aber der Steuerzahler, der Bund und der Konsument nichts am Hut, vielmehr die Verantwortlichen selber.» Die Verantwortlichen, das sind die Stromlobby und ihre Manager. Jene Kreise, die nun die neue Prämie einfordern.

Keine Rückstellungen gemacht

Doris Leuthard ist eine unverdächtige Zeugin. Sie war lange selbst Mitglied im Verwaltungsrat des Stromhändlers EG Laufenburg. Zu einem ganz ähnlichen Schluss wie Leuthard kommt Nationalrat Hans Grunder (BDP/BE), Mitglied der Energiekommission: «Das Geld kam lange buchstäblich aus der Steckdose raus, die Konzerne haben fette Gewinne gemacht. Sie haben die Gewinne aus der Wasserkraft gezogen, aber zu grossen Teilen keine Rückstellungen für Investitionen und Erneuerungen gemacht, ebenso zu wenig Innovationen.» Stattdessen seien grosse Dividenden bezahlt, viel Geld auch im

Ausland fehlinvestiert worden. «Aber den Goldesel, die Wasserkraftwerke, haben sie teilweise schlecht behandelt und ausgehungert.» Trivialste unternehmerische Regeln seien missachtet worden. «Mit dem Zusammenbruch der Preise ist das Geschäftsmodell futsch, und jetzt können die Konzerne nicht mal mehr den Unterhalt zahlen.»

Der Gang nach Bern soll nun helfen. Axpo-CEO Andrew Walo persönlich hat sich kürzlich in der Bundesstadt Energiepolitiker zur Brust genommen, um seine «Grundversorgungsprämie» durchzuboxen. Chancenlos ist das Ansinnen nicht, denn die Stromwirtschaft ist in National- und Ständerat in Bern vielfach vertreten.

An den Löhnen der Stromkader ist die Krise bisher allerdings nicht wirklich abzulesen. Axpo-Chef Andrew Walo erhielt 2016 trotz Milliardenverlust mit 1,8 Millionen etwas mehr als im Vorjahr. Alpiq-Chefin Jasmin Staiblin steigerte sich von 1,5 auf knapp 1,9 Millionen. Ihr Unternehmen machte letztes Jahr schliesslich erstmals wieder einen kleinen Gewinn.

NACHRICHTEN

KLIMASCHUTZ

AdBlue-Manipulationen den Kampf angesagt

Beim Schadstoffausstoss manipulierte Lastwagen oder Cars sollen bei Kontrollen einfacher und schneller aufzufindig gemacht werden können. Bisher sind in der Schweiz gegen 100 manipulierte Lastwagen beanstandet worden, wie die Bundesämter für Strassen (Astra) sowie für Umwelt (Bafu) und die Verbände auto-schweiz und Astag gestern schrieben. (SDA)

SKYGUIDE

Schwachstellen bei der Flugsicherung

Die Zusammenlegung der zivilen und militärischen Flugsicherung in der Schweiz hat zu Problemen geführt. Zuweilen ist unklar, welche Regeln gelten und wer darüber entscheidet. Zu diesem Schluss kommt die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK). 2001 hatte der Bundesrat die Sicherung des zivilen und militärischen Flugverkehrs zusammengelegt. (SDA)